

Medienmitteilung

Thema	Einbürgerungen: Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Parteipräsident, Tel. +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	23. März 2013

Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehepaaren im Einbürgerungsverfahren verlangt

Die Fraktionen der Grünliberalen (Martin Bäumlé), der SP (Silvia Schenker), der Grünen (Balthasar Glättli) und der BDP (Martin Landolt) sowie Nationalrätin Doris Fiala (FDP) haben am letzten Sessionstag eine gleichlautende parlamentarische Initiative eingereicht, welche die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehepaaren im Einbürgerungsverfahren verlangt.

Bei der Beratung der Revision des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) wurde von Seiten des Bundesrates betont, dass die Verfassungsgrundlage für eine Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft mit der Ehe in Bezug auf die erleichterte Einbürgerung fehle. Da das Anliegen der Gleichstellung breite Sympathien im Parlament geniesst, verlangen die eingereichten parlamentarischen Initiativen nun konsequenterweise eine Erweiterung der Zuständigkeit des Bundes auch für die Regelung der Einbürgerung im Fall der eingetragenen Partnerschaft. Eine solche Erweiterung ist auch aus dem Blickwinkel des Diskriminierungsverbotes (BV Art. 8) dringend geboten. Die Änderung der Verfassungsgrundlage würde dem Bund die Möglichkeit eröffnen, gleichzeitig auf Gesetzesstufe im BüG die Gleichstellung gemäss Diskriminierungsverbot umzusetzen.